

**Gummersbach, 14.03.2013**

## **Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg zum Haushaltsplan**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

am 15.12.2011 hat der Kreistag nach diversen Vorberatungen 21 strategische Ziele für den NKF-Haushalt einstimmig beschlossen. An diesen gemeinsam vereinbarten Zielen muss sich der Doppelhaushalt 2013/2014 messen lassen. Doch da fällt die Bilanz ernüchternd aus. Verwaltungsspitze und Kreistagsmehrheit setzen alles daran, dass dieses nicht sofort auffällt und nach außen verschleiert wird. Bis heute gibt es im Haushaltsplan keinerlei Kennzahlen, mit denen man die Zielerreichung direkt überprüfen kann. Dies ist bewusst so gewollt!

Im Folgenden werde ich die Defizite bei der Berücksichtigung der strategischen Ziele an einigen Beispielen erläutern.

Ganz oben angesiedelt ist bei den strategischen Zielen die Haushaltskonsolidierung. „Eine stetige und für die Städte und Gemeinden vorhersehbare Finanzplanung des Kreises“ soll angestrebt werden. Aus unserer Sicht ist dieses Ziel nur erreichbar, wenn das Thema „Personalkosten“ beim Kreis nicht länger Tabuthema bleibt. Die meisten Kommunen sind bei ihren Reformbemühungen sehr viel weiter als der Kreis; sie können ihre Probleme bei der Haushaltskonsolidierung ja auch nicht durch ein Umlageverfahren an andere weitergeben. Den Kommunen bleibt oft nichts anderes übrig, als die Grundsteuer oder die Gewerbesteuer deutlich zu erhöhen. Bürgerproteste sind vorprogrammiert.

Dass der gemeinsame Antrag von SPD und Grünen, den AK Finanzen, gebildet aus Kreisverwaltung, Fraktionen und Vertretern der Kommunen, zu reaktivieren, von der Kreistagsmehrheit abgelehnt wurde, war zu erwarten. Sie wollen sich von den Bürgermeistern nicht in die Karten sehen und vorhalten lassen, dass dringend notwendige Strukturreformen beim Kreis im Gegensatz zu den Kommunen nicht angepackt werden. Sie wollen sich auch nicht vorhalten lassen, dass der Sparwille beim Kreis weit weniger ausgeprägt ist als bei den Kommunen.

Alle Kommunen haben in den letzten Jahren – überwiegend aus der Not geboren - ihre Verwaltungen modernisiert und erfolgreiche Anstrengungen zur Reduzierung der Personalkosten unternommen. Beim Kreis vermissen wir den Reformwillen seit langem.

Regelmäßig verweist der Landrat auf seine Organisationshoheit beim Aufbau der Kreisverwaltung. Eine überzeugende Begründung, weshalb man z.B. an den antiquierten Hierarchiestufen beim Verwaltungsaufbau festhalten will, erhalten wir nicht.

Aus unserer Sicht muss die erforderliche Verwaltungsstrukturreform bei der Verwaltungsspitze ansetzen. Hier gibt es den größten Handlungsbedarf. In unserem Antrag, eine Modernisierung der Verwaltung einzuleiten und hierdurch auch einen Beitrag zur Begrenzung der Personalkosten zu leisten, geht es nicht um den Abbau von möglichst vielen Stellen. Stellenabbau betreibt die Verwaltungsspitze höchstens im Unterbau und nicht dort, wo er besonders nötig wäre.

Spitzenpositionen beim Kreis werden vom Landrat nur unter Einbeziehung der Kreistagsmehrheit als Geschäft der laufenden Verwaltung besetzt. Unser Antrag, die Hauptatzung dahingehend zu ändern, dass bei der Besetzung von Spitzenpositionen in Zukunft der Kreistag zuständig ist, wurde erwartungsgemäß abgelehnt.

Uns ist klar, dass die dringend notwendige Verwaltungsmodernisierung nur erfolgreich sein kann, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: 1) Die Verwaltungsspitze muss den Prozess der Verwaltungsmodernisierung als Chance begreifen, Rat von außen hereinholen und den Prozess aktiv unterstützen. 2) Die Kreistagsmehrheit muss ihre bisherige Haltung, alles schönzureden, endlich aufgeben und gemeinsam mit der Opposition Druck auf eine bisher reformunwillige Verwaltungsspitze ausüben.

Diese Voraussetzungen sind leider bisher beide nicht erfüllt.

Aber auch bei anderen strategischen Zielen mangelt es am Willen diese umzusetzen.

So heißt es im einstimmig verabschiedeten Katalog der strategischen Ziele: „Die Mobilitätschancen im Kreisgebiet und zu den angrenzenden Ballungsräumen verbessern“ (11); „Ein hinreichendes ÖPNV-/SPNV-Angebot sichern“ (12) „Die demographischen Herausforderungen bewältigen“ (13).

Doch wie sieht die Realität aus:

Unser Antrag, das einvernehmlich im Kreistag beschlossene strategische Ziel der Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs umzusetzen, wurde ohne jegliche Debatte, abgelehnt. Viele Kreise sind hier viel weiter. Diese Kreise haben erkannt, dass auch der demografische Wandel für den ÖPNV neue Herausforderungen mit sich bringt. Wer behauptet, wir hätten in Oberberg ein gutes ÖPNV-Angebot und es gebe wenig Handlungsbedarf, lügt sich selbst in die Tasche. Aus unserer Sicht ist es höchste Zeit, dass das Thema „Einrichtung bedarfsorientierter Bedienungsformen des ÖPNV (wie AST, ALT,...)“ in Oberberg endlich aufgegriffen wird. Während in anderen Kommunen und Kreisen Mobilitätskonzepte erarbeitet und umgesetzt werden, passiert in Oberberg nichts. Alle paar Jahre wird für viel Geld von einem Planungsbüro ein Nahverkehrsplan aufgestellt, von dem letztlich nichts umgesetzt wird. Dieses Geld sollte man sich sparen, wenn man ohnehin vorhat, nichts für die Verbesserung des ÖPNV zu tun.

Beim strategischen Ziel „Die oberbergische Energieregion umwelt- und klimaverträglich umbauen und den Einsatz erneuerbarer Energien mit einbeziehen“ ist Ihnen sicher aufgefallen, dass wir unseren Antrag der letzten Jahre, ein integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis erstellen zu lassen, diesmal nicht eingebracht haben. Nicht weil wir es vergessen hätten. Wir sehen aber in der derzeitigen Aufstellung der Verwaltung wenige Chancen, ein

Integriertes Klimaschutzkonzept erfolgreich umzusetzen. In Kreisen, in den ambitionierte Klimaschutzkonzepte erstellt und umgesetzt wurden, ging häufig die Initiative von der Verwaltung selbst aus. Diese Motivation für eine aktive Klimaschutzpolitik fehlt in der Kreisverwaltung. Die Teilnahme des Kreises am European Energy Award (EEA) darf nicht dazu führen, dass weitergehende Aktivitäten verhindert werden. Hohe Motivation gibt es hingegen bei der Selbstdarstellung des Kreises. In einer Sonderveröffentlichung von KR und KStA war am Wochenende zu lesen: „*Der Kreis liegt vorn. Oberberg gilt landesweit als Vorbild bei der Nutzung erneuerbarer Energie*“. So kann man in der Selbstdarstellung die Fakten auf den Kopf stellen.

Zwar gibt es im Kreis viele erfolgreiche Klimaschutzprojekte. Diese haben jedoch eines gemeinsam: Mit der Kreisverwaltung haben sie nichts zu tun. Geprahlt wird z.B. mit 19 Windkraftanlagen in Oberberg, die ca. 39,7 GWh jährlich erzeugen. Dies ist aber ein lächerlich geringer Anteil am Verbrauch elektrischer Energie (ca. 2149 GWh). Das sind weniger als 2%. Der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stromverbrauchs beträgt in Oberberg bisher lächerliche 5%. Zum Vergleich: Bundesweit beträgt der Anteil des regenerativ erzeugten Stroms inzwischen mehr als 20%. Sich selbst angesichts dieser Zahlen zum landesweiten Vorbild zu erklären, ist schon ziemlich dreist. Uns wundert es nicht, dass Sie unseren Antrag, dass der Kreis ins Klimabündnis zurückkehren soll, erneut abgelehnt haben. Ein kleiner Vergleich: Die Kosten für die Mitgliedschaft im Klimabündnis sind etwa so hoch wie die Kosten der Weihnachtsfeier für den Kreistag. An denen darf nach dem Willen der Mehrheit vorerst nicht gerüttelt werden. Man muss eben Prioritäten setzen.

Aus Sicht unserer Fraktion könnte der Kreistag auch jenseits eines Verzichts auf die Finanzierung der Weihnachtsfeier ein deutliches Zeichen zum Sparen im eigenen Bereich setzen. Nach dem Kommunalwahlgesetz kann der Kreistag selbst entscheiden, ob in der nächsten Kreistagsperiode die Höchstzahl von 54 um 2, 4 oder 6 Mandate verringert wird. Nach Berechnungen der Kreisverwaltung könnten hiermit ca. 190.000 € pro Wahlperiode eingespart werden.

Aus unserer Sicht würde mit der Verringerung der Zahl der Kreistagsmandate kein Qualitätsverlust verbunden sein. Die Qualität der Arbeit eines Gremiums lässt sich nicht an der Anzahl seiner Mitglieder messen. Dies zeigen auch die Erfahrungen vieler Kommunen, die die Anzahl der Ratsmandate in den letzten Ratsperioden bereits auf die gesetzlich zulässige Mindestanzahl verringert haben. Die Besetzung von Ausschüssen sowie die Möglichkeit, dort sachkundige BürgerInnen einzusetzen, wären zudem von solch einem Beschluss unberührt. Leider standen wir bisher mit dieser Forderung (Antrag in 2008) unter den Fraktionen des Kreistags allein. Besonders glaubwürdig gegenüber den Gemeinden ist diese Haltung nicht.

Einsparen ließe sich auch viel Geld, wenn die Kreistagsinformationen konsequent von der Papierform auf digitale Form umgestellt würden. Auch hier gehen uns wieder andere Kreise und Kommunen voran. Eine Antwort, wie viel Geld und Papier sich bei einer konsequenten Umstellung einsparen lässt, konnte die Verwaltung auf eine frühzeitig von uns zum Finanzausschuss eingebrachte Anfrage nicht beantworten. Die Antwort soll jetzt in 3 Monaten erfolgen – nach dem Motto „Mit dem Sparen kann man sich nicht genug Zeit lassen“.

Der große Sparwille ist auch beim Lieblingsprestigeprojekt der Kreisverwaltung, Schloss Homburg, nicht zu erkennen. Immer wieder müssen Verwaltungsvorlagen, die mit dem

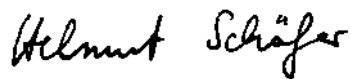
wichtigen strategischen Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht in Einklang stehen, zurückgezogen und nachgebessert werden. Wir haben ja den grundsätzlichen Baubeschluss seinerzeit abgelehnt. Dabei bleibt es auch, auch wenn wir die Gesamtmaßnahme in der Schloss-AG kritisch begleiten. Schließlich bleiben wesentliche Punkte ungeklärt, wie z. B der barrierefreie Zugang zum Schloss für Menschen mit Behinderungen und ältere Mitbürger oder die zukünftigen Bewirtschaftungskosten des Schlosses, die derzeit noch gar nicht überschaubar sind.

Zum Schluss greifen wir noch gerne den Vorschlag eines Bürgermeisters auf und verbinden dies mit einer Bitte an die Kreisverwaltung. Streichen Sie bitte auf dem Deckblatt des Kreishaushaltes 2013/2014 den Begriff „Haushaltssicherungskonzept“. Inhaltlich findet sich im Zahlenwerk dazu nichts wieder!

Beim Kämmerer, Herrn Grootens, bedanken wir uns für seine Bereitschaft, alle unsere Fragen zum Haushalt bereitwillig in der Fraktion zu beantworten.

Den vorliegenden Haushaltsplan lehnen wir ab, da die Kreistagsmehrheit alle unsere Anregungen abgelehnt hat und selbst jeglichen Gestaltungswillen vermissen lässt.

Helmut Schäfer



Fraktionssprecher der Kreistagsfraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg